

Im Handbuch des Deutschen Bundestages heißt der Außenminister „Joseph Fischer“. Als Autor seines jüngsten Buches „Die Rückkehr der Geschichte“ nennt er sich wieder „Joschka“. Ob sich dahinter die Einsicht verbirgt, dass ein amtierender Außenminister in einem Buch über Außenpolitik notwendigerweise wenig Neues schreiben kann? Daran leidet das Buch, und das wird auch nicht wirklich besser durch den Versuch, den Mangel an Originalität durch eine Vielfalt von Zitaten zu kompensieren. So findet der Leser eher theoretisierende Betrachtungen zur Weltlage als eine authentische Interpretation und Bilanz rot-grüner Außenpolitik.

Dreh- und Angelpunkt für Fischers Betrachtungen ist der 11. September, der eine neue totalitäre Herausforderung markiere. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sieht Fischer das europäisch geprägte Staatensystem von Souveränität und Gleichgewicht beendet. Die europäische Einigung ziehe daraus die eine Konsequenz, und die Dominanz der USA als alleinige Führungsmacht sei die andere. Dem transatlantischen Verhältnis, einschließlich der Unterschiede beider Partner, kommt demzufolge in Fischers Buch zentrale Bedeutung zu. Die Auseinandersetzung mit dem im Islam begründeten Internationalen Terrorismus sieht er vor allem als Modernisierungsproblem (S. 32). Die Globalisierung ist für ihn nichts anderes als die alternativlose und globale Durchsetzung des westlichen Wirtschafts- und Konsummodells (S. 65) und kein historischer Zufall, sondern objektive Notwendigkeit und ein Ergebnis der ökonomisch-technologischen Entwicklung der Weltwirtschaft (S. 236), in die vor allem China als neue Weltmacht einzufügen sei. Gleichwohl wird eine neue globale Ordnung der Welt im 21. Jahrhundert nach Fischer vor allem auf zwei Säulen ruhen, nämlich auf der Durchsetzungskraft der alleinigen Weltmacht USA und auf der Legitimationskraft des Systems der Vereinten Nationen. Unterhalb dieser Ebene werden kontinentale und subkontinentale Regionalorganisationen zunehmend an Bedeutung gewinnen (S. 234). Ein erneuerter Westen, so sein optimistischer Schluss, könne im 21. Jahrhundert mit Weitsicht und staatsmännischer Klugheit die im Vergleich zu Beginn des 20. Jahrhunderts besseren Bedingungen zur politischen Gestaltung der Globalisierung erfolgreich nutzen (S. 252). Bei alledem wimmelt es von „Konflikten“ und „Zentralkonflikten“ ohne erkennbare Ordnung, und bemüht raumgreifende Aussagen über historische Abläufe neigen zu riskant unpräzisen Bewertungen, sei es bei der Einordnung des zweiten Punischen Krieges (S. 87), der Genesis des Jugoslawienkonfliktes (S.108) oder etwa dem Bau des israelischen Grenzzaunes (S.220).

Mit der Wirklichkeit rot-grüner Außen- und Europapolitik hat das alles relativ wenig gemein, und das passt zu der Tatsache, dass man spätestens seit dem Bundestagswahlkampf 2002 immer weniger gestaltenden Einfluss des Außenministers auf die von ihm mit verantwortete Außen- und Europapolitik der rot-grünen Regierung wahrnehmen kann. Das Interessanteste an dem Buch scheint fast zu sein, was alles keine Erwähnung findet. So liest man in dem Buch keinerlei Ausführungen zu den Hauptthemen außen- und europapolitischer Kontroversen der letzten Jahre. Den „Deutschen Weg“, den der Bundeskanzler verkündet hatte, erwähnt er so wenig wie die Sorgen unserer östlichen Nachbarn wegen einer befürchteten neuen Achse Berlin-Moskau. Zur deutsch-französischen Zusammenarbeit kein Wort, auch nicht zur wachsenden Vertrauenskrise innerhalb der Partner in der Europäischen Union. Die Frage einer einseitigen Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber China wird so wenig behandelt wie die Ambivalenz der russischen Entwicklung im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, wie sie jüngst etwa der Europarat kritisch beleuchtet hat. Nicht einmal das Streben der Bundesregierung nach einem Veto-berechtigten ständigen Sitz Deutschlands im Weltsicherheitsrat kommt in dem Buch vor. Soviel Distanz zur eigenen Politik beeindruckt, aber von der Verantwortung des Außenministers entbindet sie nicht. Das ist schon fast zuviel des Abschiednehmens.

Ich stimme mit Fischer überein, wenn er die transatlantischen Beziehungen in das Zentrum der Außenpolitik stellt; aber gerade deshalb hätten sie niemals auf dem Altar einer in Not geratenen Kanzlerwahlkampagne geopfert werden dürfen. Und wenn die europäische Einigung zentraler Bestandteil einer ausgewogenen atlantischen Partnerschaft ist, dann muss deutsche Politik eben französische Freunde davon abhalten, europäische Einigung gewissermaßen zur Alternative für die atlantische Allianz entwickeln zu wollen.

Fischers Bruch mit seiner eigenen europapolitischen Konzeption, wie er sie vor Jahren in seiner Rede an der Humboldt Universität entwickelt hatte, wirkt auch nach der Lektüre des Buches nicht überzeugend: es hätte der aktuellen Krise in der Europäischen Union um Verfassungsvertrag und künftige Finanzordnung nicht bedurft, um zu wissen, dass eine politischen Union in Fischers Sinne eines neuen Integrationsmodells anstelle eines überholten Verständnisses nationalstaatlicher Souveränität nur gelingen kann, wenn die Europäer bereit sind, sich im Sinne von Identität einer solchen politischen Union anzuvertrauen. Und dem wird Fischers Ansatz nicht gerecht, bei der politisch-geographischen Grenzsuche (S. 182) interessenbezogen vorzugehen, was nach dem 11. September für ihn vor allem das Primat des Strategischen im Bezug auf die islamische Welt bedeutet.

Identität, Werte, kulturelle, auch religiöse Dimension kommen in Fischers Pragmatismus kaum vor. Ob wir den Dialog der Kulturen wirklich mit Erfolgsaussicht führen können, wenn wir die islamische Welt ausschließlich unter Modernisierungsdefiziten betrachten und China wie Indien umstandslos in das westliche Wirtschafts- und Konsummodell integrieren wollen? „Das 21. Jahrhundert wird religiös sein oder es wird nicht sein“, soll André Malraux einmal gesagt haben. Nicht nur die Entwicklung in der islamischen Welt spricht eher dafür, dass er Recht hatte, sondern genauso etwa die Anteilnahme der Welt am Abschied des verstorbenen Papstes, dessen Rolle beim Zusammenbruch des sowjet-kommunistischen Imperiums, von Fischer nicht erwähnt, eigentlich schwer zu übersehen ist. Auch in den westlich geprägten Gesellschaften nimmt das Suchen zu nach Werten, Grenzen, Orientierung, Sinnstiftung, wofür die Anziehungskraft fernöstlicher Meditationslehren ebenso ein Beleg sein könnte, wie die Intensität bioethischer Debatten. Wenn die westliche Verfassung von Kultur und Zivilisation allgemein eher mit dem Adjektiv „postmodern“ beschrieben wird, dann wundert es schon, das Konfliktpotential der durch die Kommunikationsrevolution enger vernetzten Welt ausschließlich auf Modernisierungsdefizite der nicht-westlichen Welt zu reduzieren. Dazu passt auch, dass Fischer für die wachsende Bedeutung Indiens kaum ein Wort findet und für die vielfältigen Dramen in Afrika auch nicht.

Fischer ist zuzustimmen, dass im Kampf gegen neue Bedrohungen durch asymmetrische Kriegsführung, failing states, internationalen Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen Selbstbindung des Westens an die eigenen Grundwerte, eine internationale Ordnung, die auf gemeinsamen Werten, auf Zustimmung, auf Kooperation und Mitgestaltung gründet, und politische Entschlossenheit und militärische Stärke notwendig und Erfolg versprechend sind (S. 115). Aber dann wüsste man gerne etwas genauer, was er von der Notwendigkeit der Streitkräftetransformation hält oder auch von der Weiterentwicklung des Völkerrechts. Gerade deshalb bleibt ja zu beklagen, dass innerhalb der westlichen Gemeinschaft die dringend notwendige Abgleichung der amerikanischen nationalen Sicherheitsstrategie und der europäischen Sicherheitsstrategie noch nicht einmal auf die Tagesordnung etwa eines NATO-Gipfels gesetzt wurde.

Nicht überraschend widmet Fischer fast ein ganzes Kapitel der Auseinandersetzung mit Robert Kagans „Of Paradise and Power“, und ebenso wenig überraschend widerspricht er seiner Metapher von Mars und Venus. Aber Fischers Trias – Selbstbindung des Westens, legitimierte internationale Ordnung und Entschlossenheit und militärische Stärke – steht Kagan im Grunde gar nicht so fern. Das ist so ähnlich wie mit dem Begriffspaar von Josef Nye von „hard-power“ und „soft-power“. Entscheidend bleibt dabei, dass es nicht eine

atlantische Arbeitsteilung geben kann entlang der Linie „Amerika für hard-power und Europa für soft-power“. Die Gemeinsamkeit des Westens, für die Fischer zu Recht plädiert, braucht soft-power und hard-power auf beiden Seiten des Atlantiks, und genau zu dieser Schlussfolgerung kommt übrigens auch Kagan im Nachwort seiner überarbeiteten Neuauflage.

Da sind wir dann noch einmal in Europa. Fischer hat sein Manuskript vor dem französischen Referendum über den Verfassungsvertrag abgeschlossen. Die Fortschritte, die dieser für die Effizienz europäischer Entscheidungsprozesse beinhaltet, sind unbestritten. Aber die Krise der Europäischen Union, die andere Ursachen hat, konnte er nicht vermeiden, und sie wird mit einer einfachen Politik des „weiter so“ nicht zu überwinden sein. Ohne eine Konzentration auf wesentliche Zukunftsaufgaben und eine Abkehr von dem Prozess immer stärkerer Regulierung durch Dezentralisierung und klare Kompetenzabgrenzung wird es nicht gehen. Und dazu wird eine Verständigung über die Substanz gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen atlantischer Partnerschaft wichtiger sein als noch weitere Feinstaub- oder Antidiskriminierungsrichtlinien. Dazu braucht es Klarheit über Grenzen und verantwortbare Nachbarschaftspolitik. Und der erreichte Stand europäischer Harmonisierung darf nicht für sakrosankt erklärt werden, sondern die Frage, wie viel Vereinheitlichung aller Standards und Lebensbereiche für einen funktionierenden Binnenmarkt und Wettbewerb tatsächlich notwendig ist, muss vorurteilsfrei untersucht werden, der „acquis communautaire“ muss auf den Prüfstand.

Einheit und Vielfalt richtig austarieren, das wird für den weiteren Fortgang der europäischen Einigung so unverzichtbar sein wie für die Legitimität internationaler Ordnung in Zeiten der Globalisierung. Man muss nicht einmal zu den Grünen gehören, um die alternativlose und globale Durchsetzung des westlichen Wirtschafts- und Konsummodells dafür nicht für zureichend zu halten. Ohne Maß und Mäßigung zerstört sich jedes von Menschen geschaffene System. Aus der Vielfalt religiösen Suchens und kultureller und geschichtlicher Erfahrungen wachsen Einsichten über Normen und Grenzen, Werte, ohne die weder Europa noch der Westen noch eine globale Ordnung im 21. Jahrhundert auskommen werden und die mehr politologisch fleißigen denn politisch schlüssigen Betrachtungen Fischers auch nicht.